

Dem Recht in Albanien zum Durchbruch verhelfen

Aktivisten der Bürgergesellschaft kämpfen gegen die weitverbreitete Apathie in der Bevölkerung und die Korruption in der Politik

Die Bürgergesellschaft in Albanien hat viele Gesichter. Auf unterschiedlichen Gebieten kämpfen Bürger darum, ihre Stimmen hörbar zu machen und das Feld nicht allein den vielfach korrupten Politikern zu überlassen.

Elena Panagiotidis, Tirana

Schwungvoll stellt Dorian Matlija die braune Aktentasche auf den elektrischen Heizkörper des spartanisch eingerichteten Büroraums, der ihm und seinem Kollegen Andi Kananaj im Gebäude des «Qendra Sociale», des Sozialzentrums, in der albanischen Hauptstadt Tirana zur Verfügung steht. Matlija ist ein charismatischer Mittdreissiger. Trotz einer langen Woche mit täglichen Auftritten vor Gericht nimmt sich Matlija die Zeit, seine Arbeit zu schildern. Die beiden Anwälte arbeiten für Res Publica, eine Nonprofitorganisation, die kostenlose Rechtshilfe für Einzelpersonen und Gruppen anbietet. Unter anderem vertreten Matlija und Kananaj 23 von 26 Familien, die bei der Explosion eines Munitionsdepots im Dorf Gerdec im März 2008 ihre Angehörigen verloren. Gerdec hat sich traumatisch in das kollektive Gedächtnis der albanischen Gesellschaft eingebrannt. Der Fall hat viele Menschen in ihrer Überzeugung bestätigt, den Machenschaften der Politik hilflos ausgeliefert zu sein und auch der Justiz nicht vertrauen zu können.

Unzulängliches Justizsystem

In Gerdec nahe Tirana liess eine albanische Firma im Auftrag eines amerikanischen Unternehmens uralte Munition aus albanischen Beständen, die eigentlich vernichtet werden sollten, umarbeiten und für das Pentagon gewinnbringend nach Afghanistan verkaufen. An dem Geschäft soll auch die Familie des derzeitigen Ministerpräsidenten Berisha verdient haben. Die Munition war unsachgemäss gelagert worden, unerfahrene Frauen und Jugendliche wurden als billige Arbeitskräfte eingesetzt. 26 Personen, unter ihnen mehrere Kinder, kamen ums Leben, 300 Personen wurden verletzt, Tausende von Häusern beschädigt.

Obwohl einige der Verantwortlichen im März dieses Jahres zu Haftstrafen verurteilt wurden, sind viele der Ansicht, dass sich die wahren Schuldigen weiterhin auf freiem Fuss befinden. Die ursprünglich auf Mord lautenden Anklagen wurden fallengelassen, die Strafen lediglich wegen Missmanagements ausgesprochen. Ein weiterer wunder Punkt ist, dass die Anklage gegen den damaligen Verteidigungsminister Fatmir Mediu – er trat nach dem Unglück rasch zurück – fallengelassen wurde, nachdem er 2009 ins Parlament zurückgekehrt war. Die Anwälte von Res Publica, die unter anderem von der Soros-Stiftung und der Weltbank finanziert werden, wollen nun einige der Fälle weiterziehen. «Einer unserer Klienten hat sechs Familienmitglieder verloren», sagt Matlija. Da könne man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.

Einschüchterungsversuche

Doch so unzulänglich das albanische Justizsystem oftmals auch erscheinen mag, für viele ist selbst der Zugang zu diesem System unerreichbar. Für Arbeitslose, aber auch viele arbeitende Personen sind die Gerichtsgebühren in der Höhe von rund 90 Euro unbezahlbar, die jeder, der in Albanien vor Gericht ziehen möchte, zu entrichten hat, damit sein Fall überhaupt begutachtet wird. «Ein Skandal», findet der Jurist Matlija, weshalb er und Kananaj mehrere Fälle vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gebracht haben. Die Anwälte argumentieren, dass durch die hohen Gebühren den Menschen der Zugang zum Justizsystem versperrt und dadurch Artikel 6 der



Rauch steigt auf über den Ruinen des explodierten Munitionsdepots im Dorf Gerdec in der Nähe von Tirana.

ARBEN CELI / REUTERS

Europäischen Menschenrechtskonvention verletzt werde, der das Recht auf ein faires Verfahren vorsieht.

Sollte es gelingen, in Strassburg einen Präzedenzfall zu schaffen, könnten davon 400 000 Albaner profitieren, sagt Matlija. Seine Augen leuchten, wenn er das Wort Präzedenzfall ausspricht. Auch 10 von bisher 1200 im Zuge der höchst umstrittenen Privatisierung des Erdölkonzerns Albpetrol entlassenen Arbeitern, die um ihre Abfindungen kämpfen, werden von Res Publica vertreten. Matlija möchte ihre Fälle notfalls bis zum Obersten Gerichtshof Albanien bringen. «Das könnte einen Systemwechsel herbeiführen», sagt er. Insgesamt könnten davon 2500 Albpetrol-Arbeiter profitieren, denn weitere 1500 sollen entlassen werden. Dabei ist der in seinen Ansichten recht konservative und sich der freien Marktwirtschaft verpflichtet führende Matlija alles andere als ein Sozialrevolutionär. Er betont denn auch: «Ich mache diese Arbeit nicht aus lauter Edelmut und Wohltätigkeit für die Mittellosen. Es geht mir darum, Menschen zu ihrem Recht zu verhelfen um des Rechtsstaatsprinzips willen.»

Damit sich der Rechtsstaat in Albanien durchsetzen kann, ist auch eine freie Presse unabdingbar. Matlija und Kananaj vertreten mehrere Journalisten, die wegen ihrer Berichterstattung über in Skandale verwickelte Politiker und Geschäftsleute unter Druck gesetzt und angeklagt wurden. Auch gegen ihn und seinen Kollegen gebe es Einschüchterungsversuche, sagt Matlija, ohne näher in Details gehen zu wollen, «der Druck ist da, auch wenn wir oft nicht wissen, von welcher Seite er kommt».

Die Arbeiter organisieren

Im «Qendra Sociale» treffen sich auch Vertreter weiterer Bewegungen, die mit ihren Aktionen Einfluss auf die staatlichen Institutionen nehmen und Strukturen verändern wollen. Das Zentrum wirkt gemütlich und alternativ, es gibt einen kleinen Raum mit Tresen und einem alten Kühlschrank, der als Bar fungiert, und dieser Raum hat so gar nichts mit den Cafés und Bars in dem unweit gelegenen schicken Ausgehviertel Blloku zu tun. In einem Raum im Erdgeschoss quetschen sich an diesem Freitagabend Ende März zwanzig junge Leute dicht an dicht. Die Wände sind mit Zeitungen tapeziert. Die jungen Leute gehören zur Organizata Politike (Politische Aktion, OP), die es sich zur Aufgabe gemacht hat, gegen Missstände aktiv zu werden.

Einer der Hauptakteure ist Leart Kola, ein junger Mann mit schulter-

langem dunklem Haar über dem grünen Parka und entschlossenem Auftreten. Für Kola bedeutet Bürgergesellschaft, Menschen dazu zu bewegen, sich für Politik zu interessieren und aktiv zu werden. Die OP berät Arbeiter, wie sie sich organisieren können, da Gewerkschaften in Albanien im Grunde inexistent sind. Die Gruppe berät gerade, wie sie am 1. Mai in den im Osten des Landes gelegenen Ort Bulqize kommen kann, um die dortigen Minenarbeiter zu unterstützen. In den Chromminen von Bulqize ist es in den vergangenen Jahren immer wieder zu tödlichen Unfällen gekommen. 2011 streikten die Arbeiter monatelang für bessere Bedingungen. Die Aktivisten diskutieren darüber, wie sie am besten das Interesse der Medien für die Aktion am «Tag der Arbeit» wecken lässt.

Allianz gegen Import von Müll

Zudem plädiert Kola für die Rückeroberung des öffentlichen Raums. «Schau dir das Zentrum von Tirana an», sagt er. «Es gibt keinen öffentlichen Raum, keine Parks, keine Flächen. Alles ist privatisiert, jeder baut, wo er will, setzt willkürlich irgendwelche Apartmenthäuser in die Stadt.» In der Schweiz stimmten die Bürger dagegen über alles ab. Derzeit organisieren Kola und seine Mitstreiter mehrere Aktionen unter dem Slogan «Universitäten in Gefahr». Sie befürchten, dass durch anstehende finanzielle Reformen im Hochschulbereich die staatlichen Universitäten – in Kolas Augen die letzte noch verbliebene öffentliche Sphäre – genötigt werden könnten, ihre Studiengebühren drastisch anzuheben. Damit, so die Befürchtung, würden sie fast so teuer wie die sündhaft teuren Privatuniversitäten, die in Albanien wie Pilze aus dem Boden schießen und von denen viele im Ruf stehen, ihre Diplome zu verkaufen.

Rivalität statt Kooperation

ela. · Mit rund 1600 gemeinnützigen Organisationen ist der Bereich der Bürgergesellschaft zahlenmässig recht entwickelt. Allerdings gibt es keine institutionellen Wege, wie diese Organisationen Einfluss auf die Politik nehmen könnten. Dies konstatiert ein Arbeitspapier des Brüsseler European Policy Centre vom März. Laut diesem wissen viele Bürger kaum über ihre Rechte Bescheid. Die meisten Institute sind zudem von ausländischen Geldgebern abhängig, wobei die Europäische Union mit 4,5 Millionen Euro im Zeitraum 2010/11 den Löwenanteil finanzierte. Allerdings, so der Bericht, seien nur wenige der

Die staatlichen Universitäten dagegen würden marginalisiert.

Das «Qendra Sociale» ist auch einer der Orte, wo albanische Bürger für ein Referendum unterschreiben konnten, das die Allianz gegen Müllimport (Akip) initiieren will. Anfang November des vergangenen Jahres hatte die Regierung Berisha ein Gesetz durchgepeitscht, das den Import von Müll erlaubt. «Das hat uns misstrauisch gemacht», sagt Blendi Kajsia, ein junger politischer Analytiker und Aktivist, Mitinitiator der Akip. Dass Albanien ein Müllproblem hat, ist offensichtlich. Die Zentren Tiranas und anderer Städte wie Gjirokastra wirken sauber und gepflegt. Doch bewegt man sich nur wenige hundert Meter von den Zentren weg, sieht man, dass der Abfall einfach in der Landschaft oder zwischen Wohnblöcken entsorgt wird.

«Albanien bekommt nicht einmal seinen eigenen Müll in den Griff, wie kann es dazu noch fremden Müll importieren!», sagt Kajsia. Zwar habe eine Umfrage ergeben, dass sich 80 Prozent der albanischen Bevölkerung für ein Referendum aussprechen und drei Viertel der Bevölkerung gegen die Einfuhr von Müll sind. Doch sei die Apathie in der Bevölkerung ein grosses Problem, sagt Kajsia, der in England promoviert hat. «Wir haben uns mit Bürgern in sechs verschiedenen Städten getroffen, doch viele waren der Meinung, man könne nichts mehr ändern, die Politiker hätten doch bereits entschieden», schildert Kajsia seine Erfahrungen. «Diese Haltung führt zu einem Teufelskreis.» Fälle wie Gerdec hätten die Mutlosigkeit noch verstärkt.

Allerdings verläuft die Aktion gegen den Import von Müll bis jetzt sehr erfolgreich. 50 000 Unterschriften sind notwendig, um ein Referendum zu initiieren, fast 62 000 Unterschriften haben die Akip-Aktivisten gesammelt. Das

Organisationen auch in der Lage, sich in dem sehr bürokratisierten Verfahren um Fördermittel der Europäischen Union zu bewerben.

Zudem rivalisierten die Gruppen um Gelder für kurzfristige Projekte, anstatt auf Kooperation zu setzen und eine nachhaltige Expertise aufzubauen. Der Einfluss der nichtstaatlichen Akteure auf den politischen Prozess in Albanien bleibe daher schwach. Die Autoren raten zudem den Politikern, ein (rechtliches und finanzielles) Umfeld zu schaffen, in dem die Bürgergesellschaft operieren könne. Nur so könne eine wirkliche und wirksame Demokratie entstehen.

Problem beschäftige die Leute, egal, welcher politischen Richtung sie sich zugehörig fühlten, sagt Kajsia. Hinzu kommt die Befürchtung, dass wegen der im Land grassierenden Korruption auch toxischer Müll importiert werden könnte. Kajsia freut sich, dass sich viele junge Freiwillige bei der Akip engagieren. Das Engagement bekannter Persönlichkeiten wie des ehemaligen Staatspräsidenten Alfred Moisiu und des Intellektuellen Fatos Lubonja haben der Akip zu mehr Bekanntheit verholfen.

Armut und Stimmenkauf

Viele der Aktivisten wie Kajsia und Kola haben Verbindungen zur Bürgerbewegung Mjaft! (Genug!), die 2003 gegründet wurde. Mjaft! entstand mit dem Ziel, die Apathie der Bürger zu überwinden, und hat mit kreativen Aktionen eine grosse Popularität und einigen Einfluss erreicht. Auf Druck der Bewegung musste zum Beispiel 2003 der damalige albanische Innenminister zurücktreten, nachdem er einen Journalisten misshandelt hatte. Mittlerweile sind einige der früheren Aktivisten von den politischen Parteien abgeworben worden und machen zum Beispiel innerhalb der oppositionellen Sozialistischen Partei, aber auch in der Regierung Karriere. Dies habe dem Image der Organisation geschadet, sagt ein ehemaliger führender Mjaft!-Aktivist. Allerdings habe Mjaft! noch immer eine wichtige Rolle inne beim Monitoring von Parlaments- und Ministerratssitzungen.

Trotz der Erfolgsgeschichte von Mjaft! und trotz Aktionen wie derjenigen der Akip bleibt Eralm Hasimja, Dozent an der University of New York Tirana, skeptisch. Er glaubt, dass es Bürgerbewegungen weiterhin schwer haben in Albanien. Dass sich der politische Stil der etablierten Parteien so schnell ändern werde, daran zweifelt er. «Solange die Menschen arm sind, können die Politiker deren Stimmen billig kaufen.»

Menschen und vor allem Frauen und Jugendlichen aus der Armut zu helfen und Startchancen zu ermöglichen, dafür kämpfen die Aktivistinnen der Organisation Useful for Albanian Women (UAW) seit Anfang der neunziger Jahre. Sie versuchen, die Bevölkerung für die Problematik häuslicher Gewalt, insbesondere gegen Frauen, zu sensibilisieren, und bieten betroffenen Frauen rechtliche, psychologische und praktische Hilfe an. Zudem setzen sich die Aktivistinnen dafür ein, dass Polizei und Justiz vermutete Morde an Frauen und Mädchen durch männliche Familienmitglieder ernsthafter untersuchen.

Ein hoffnungsvolles Zeichen

In der Armutsbekämpfung ist The Professional Alternative (PA) eines der erfolgreichsten Projekte der UAW. Die Ausbildungszentren in Tirana und anderen Städten werden hauptsächlich vom Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz (Heks) und vom deutschen Evangelischen Entwicklungsdienst finanziert. «60 Prozent der Jugendlichen, die zu uns kommen, sind krank», sagt Endrita Cici, die Leiterin der PA in Tirana. Viele der zwischen 15 und 21 Jahre alten Jugendlichen litten unter Mangelernährung und Atemwegserkrankungen. Die meisten stammen aus sogenannten informellen Siedlungen, wo es an jeglicher Infrastruktur fehlt. In Kursen, die sechs Monate dauern, werden sie zu Coiffeusen, Schneiderinnen, Köchinnen oder zu Spenglern ausgebildet.

In den Zentren der PA bekommen sie neben einer Ausbildung auch medizinische Hilfe und kostenlose Mittagessen. Die PA hilft ihren jungen Absolventen dann bei der Einrichtung eines eigenen Coiffeurgeschäfts oder einer Spenglerwerkstatt. Das Geld, das sie zur Verfügung stellt, soll später teilweise wieder zurückgezahlt werden. Über 80 Prozent der 160 Jugendlichen, die jährlich das Programm durchlaufen, finden laut Cici eine Anstellung oder machen sich selbständig. Das ist immerhin ein hoffnungsvolles Zeichen.